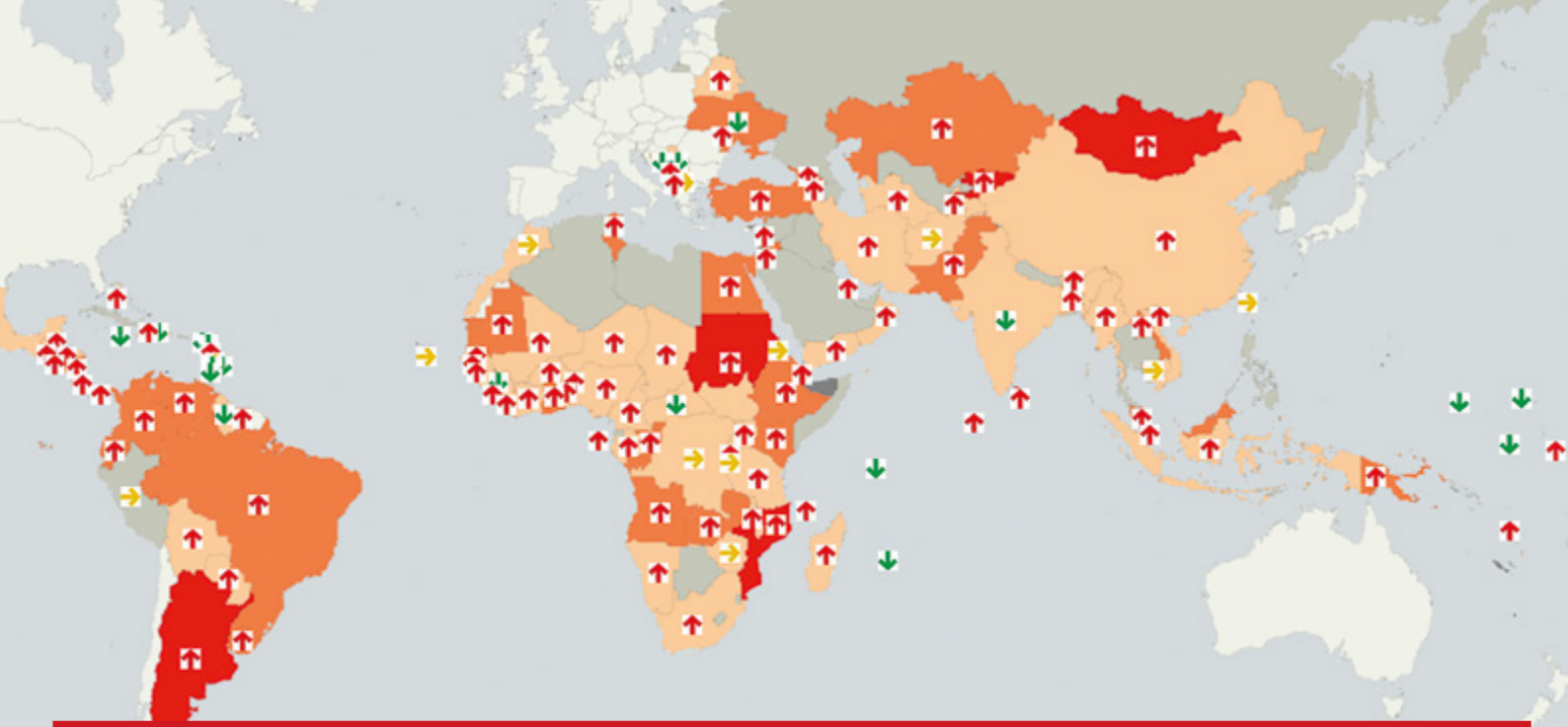


SEPTEMBER 2020

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

ENTSCHULDUNGSKURIER 2020

Corona: Gesundheit geht vor Schuldenkrise | Klima: Eine Krise, die nicht stillhält | Osteuropa: Europäische Firmen beuten Serbien aus | Neue erlassjahr.de-Kampagne: Klimagerechtigkeit braucht Entschuldung | und vieles mehr

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

IMPRESSUM

Entschuldungskurier 2020
Eine Publikation von erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.

Redaktionsschluss: August 2020

Diese Publikation wurde mit finanzieller Unterstützung der Evangelischen Landeskirche in Württemberg realisiert.

Redaktion
Jürgen Kaiser | Elise Kopper, V. i. S. d. P.
Kristina Rehbein | Bettina v. Clausewitz

Layout und Satz
Petra Hille-Dallmeyer, dreigestalten.de

Titelbilder
oben: *Interaktive Karte zur Verschuldungssituation weltweit | © OpenStreetMap contributors, © CARTO*
unten: *Mitarbeiter*innen von erlassjahr.de beim Globalen Klimastreik am 20. September 2019 in Düsseldorf | © erlassjahr.de*

Bestellung und Information
erlassjahr.de – Entwicklung braucht Entschuldung e. V.
Carl-Mosterts-Platz 1 | 40477 Düsseldorf
Telefon: 0211 4693-196
E-Mail: buero@erlassjahr.de
Internet: www.erlassjahr.de

Bankverbindung
erlassjahr.de e. V.
Bank für Sozialwirtschaft in Köln
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE19 3702 0500 0008 2477 00

INHALT

SCHWERPUNKT CORONA

Gesundheit geht vor Schuldendienst 4
Entschuldungsbewegung fordert ein „Erlassjahr“

Argentinien: Erneut vor der Staatspleite 6
Die „guten alten Zeiten“ sind zurück!

Angola: Im Ausnahmezustand 8
Straßenhandel geht nicht im Homeoffice

Sambia: Soziale Kluft wird größer 9
„COVID-19 macht alles noch schlimmer“

Simbabwe: Kein Aufschub in Sicht 10
Weltgebetstag sammelt 100.000 Unterschriften

Pazifik: Kein Tourismus, kaum Geld 11
Im selben Sturm, aber nicht im selben Boot

SCHWERPUNKT KLIMA

Neue erlassjahr.de-Kampagne 14
Klimagerechtigkeit braucht Entschuldung!

Eine Krise, die nicht stillhält 15
Klimawandel und Corona potenzieren Probleme

Wenn Klimakatastrophen verschuldete Staaten treffen Ergänzendes pädagogisches Material 16

SCHWERPUNKT OSTEUROPA

Im Interview: Zvezdan Kalmar
„Europäische Firmen beuten Serbien aus“ 17

Rückzahlung an Kriegsgegner illegitim? 19
Russland fordert Milliardenschulden von der Ukraine

AUS BÜRO UND BÜNDNIS

Neuigkeiten aus dem Büro 21
Die erlassjahr.de-Geschäftsstelle 22
Nächste Gremienwahlen im März 2021 22
Neue Mitträger 23

erlassjahr.de wird institutionell gefördert von

und etwa 600 weiteren Mitträgerorganisationen.

Liebe Mitträger, Freund*innen und Interessierte,

in den ersten sechs Monaten dieses Jahres 2020 hat sich das Leben fast aller Menschen auf dem Globus dramatisch verändert. Auch die Schuldenwelt ist davon nicht unberührt geblieben. Im April haben die G20-Finanzminister*innen ein Schuldenmoratorium beschlossen, das den ärmsten Staaten der Welt die Bewältigung der Corona-Pandemie erleichtern soll. Damit gibt es erstmals seit 2005 wieder eine Regelung nicht nur für einzelne Länder, sondern für eine Gruppe von bis zu 73 kritisch verschuldeten Staaten, wenn auch zunächst nur begrenzt bis Ende 2020.

Hinter dieser Entscheidung steht, dass auch die hartherzigsten Finanzminister*innen offenbar zumindest ansatzweise verstanden haben, was UN-Generalsekretär António Guterres meinte, als er sagte: „Wir besiegen das Virus entweder weltweit, oder wir besiegen es nicht.“

erlassjahr.de und unsere Partnerbewegungen in vielen Teilen der Welt wollen nun dafür sorgen, dass Anfang 2021 aus dem vorläufigen Moratorium ein echter Erlass wird. Und dass nicht nur die ärmsten Länder in den Genuss des Schuldenerlasses kommen, sondern alle, die es brauchen.

Weiter geht es uns darum, über der globalen Bedrohung durch COVID-19 die anderen Bedrohungen nicht zu vergessen, denen sich vor allem die Menschen im Globalen Süden gegenübersehen. In erster Linie ist das der Klimawandel, der leider nicht pausiert, wenn bei uns Corona-halber etwas weniger CO2 in die Luft geblasen wird (so erfreulich das auch ist…).

Mit dem Klimaschwerpunkt in diesem Entschuldungskurier laden wir euch ein, vor Ort auf die weiterbestehende Bedrohung etwa im südlichen Afrika oder auf den kleinen Inselstaaten in Karibik und Pazifik aufmerksam zu machen – vielleicht mit dem neuen erlassjahr.de-Poster im Schaukasten eurer Gemeinde oder an einer Pinnwand im Rathaus.

Lasst euch in diesem Kurier mitnehmen zu den Hotspots der Schuldenkrisen weltweit: in die oft übersehene Schwerpunktregion Osteuropa, ins südliche Afrika, wo die Pandemie auf anhaltend hohe Schulden und eine ökologische Bedrohung trifft, oder nach Argentinien, wo einer unserer Mitstreiter aus vielen Kämpfen in UNO und IWF inzwischen als Finanzminister sein nahezu zahlungsunfähiges Land gegen die Ansprüche einiger der größten Investmentfonds der Welt verteidigen muss.

Manches erinnert uns heute an die Zeiten der Erlaßjahr2000-Kampagne, als eine Mischung aus Einsicht bei einigen wenigen Entscheidungsträger*innen zusammenkam mit einer bis dahin beispiellosen Mobilisierung der globalen Solidarität. Auf die Einsichten in Finanzministerien haben wir nur einen begrenzten Einfluss. Aber lasst uns erneut zeigen, dass wir solidarisch sein können.

Euer Peter Lanzet

Vertreter von SÜDWIND e.V. – Institut für Ökonomie und Ökumene im erlassjahr.de-Lenkungskreis

Foto: Peter Lanzet | © privat

Gesundheit geht vor Schuldendienst

Entschuldungsbewegung fordert ein „Erlassjahr“

Angesichts der Corona-Pandemie hat die Entschuldung als Instrument zur Krisenbewältigung Hochkonjunktur. Die getroffenen Maßnahmen sind begrüßenswert, aber unzureichend. Damit 2021 nicht zum Jahr der globalen Schuldenkrise wird, fordert die Entschuldungsbewegung eine umfassende Schuldenstreichung.

Im April 2020 ist etwas geschehen, das seit 15 Jahren trotz zivilgesellschaftlichen Drucks nicht möglich war: Die Mächtigen dieser Welt haben sich innerhalb weniger Wochen auf schuldenerleichternde Maßnahmen für eine ganze Gruppe von Ländern geeinigt, um sie dabei zu unterstützen, die Folgen der COVID-19-Pandemie zu bekämpfen. Dazu zählt zum einen das Angebot der G20 an 73 arme Länder, ihren Schuldendienst an die G20-Mitglieder bis Ende 2020 auszusetzen, zum anderen ein Erlass des Schuldendienstes vom Internationalen Währungsfonds (IWF) für die 25 ärmsten Länder.

Damit hat Entschuldung als sinnvolles Instrument zur Krisenbewältigung in der öffentlichen Diskussion plötzlich Hochkonjunktur. Zurecht, denn Entwicklungs- und Schwellenländer sind besonders schwer von der Corona-Pandemie betroffen. Auf der einen Seite sind ihre Volkswirtschaften durch die von der Pandemie ausgelöste globale Rezession extrem verwundbar, auf der anderen Seite steht die gesundheitliche Krise.

Schon vor der Corona-Krise waren 124 Entwicklungs- und Schwellenländer in einer kritischen Schuldensituation. Und schon vor Corona haben viele ärmere, kritisch verschuldete Staaten mehr für die Tilgung und Verzinsung öffentlicher Schulden ausgegeben als für die öffentliche Gesundheitsvorsorge im eigenen Land. Das hat dazu geführt, dass bei Ausbruch der Corona-Pandemie die öffentlichen Mittel für die Bekämpfung fehlten, während Gesundheitsdienste und soziale Sicherungsleistungen eigentlich dringend hätten ausgebaut werden müssen.

Der Teufel steckt im Detail

Die Maßnahmen der G20 und des IWF machen rund 12 Milliarden US-Dollar frei. Doch der Teufel steckt im Detail. Die G20-Mitglieder streichen die Schulden nicht, sondern verschieben die Rückzahlung nur in die nahe Zukunft. Angesichts der gravierenden wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie und der schon zuvor dramatischen Schuldensituation ist davon auszugehen, dass ärmere Länder den Schuldendienst nur auf Kosten ihrer sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung wieder aufnehmen können. Aus diesem Grund forderte unter anderem der äthiopische Premierminister Abiy Ahmed, den Schuldendienst zumindest solange auszusetzen, bis die Corona-Pandemie besiegt ist, besser aber noch: Schuldenerlasse zu ermöglichen.

Der IWF streicht zwar den Schuldendienst, aber er berücksichtigt nur 25 Länder; andere bedürftige Staaten sind ausgeschlossen. Damit beläuft sich der IWF-Erlass gerade mal auf 215 Millionen US-Dollar – weniger als ein Prozent der Summe, die von der Zivilgesellschaft und den Vereinten Nationen gefordert wird. Der Privatsektor hat zwar auf Bitten der G20 hin bekräftigt, sich von Fall zu Fall einzubringen, bislang wurde jedoch von dieser Seite kein einziger Schuldendollar gestrichen oder ausgesetzt.

Bisher nur schwache Maßnahmen

Damit besteht die Gefahr, dass die freiwerdenden Mittel nicht in Gesundheitssysteme, sondern in die Taschen privater Gläubiger fließen, die auf ihrem Schuldendienst bestehen. Die Weltbank wiederum schwingt zwar große Worte, indem sie Schuldenerlasse von den G20 und den privaten Gläubigern fordert, nimmt sich selbst aber von den Entschuldungsbemühungen aus. Für die Bekämpfung einer Jahrhundertkrise, wie die deutsche Kanzlerin die Pandemie bezeichnete, sind die bisherigen Maßnahmen außerordentlich schwach.

Genauso schnell wie die Gläubigerseite hat sich aber auch die globale Entschuldungsbewegung mit der Forderung nach einem „Erlassjahr“ neu formiert. Damit Länder angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Pandemie nicht in eine Schuldenfalle geraten, fordert die Bewegung, dass der Schuldendienst nicht nur ausgesetzt, sondern die Zeit des Moratoriums genutzt wird, um die Schuldentragfähigkeit neu zu bewerten und Schulden auf ein tragfähiges Maß zu streichen. Alle Entwicklungsländer – und nicht nur eine von den Gläubigern nach Einkommen willkürlich zusammengesetzte Gruppe – müssen Zugang zu schuldenerleichternden Maßnahmen erhalten. Alle Gläubiger müssen sich beteiligen.

Gute Ideen gibt’s genug

Für die privaten Gläubiger müssen die G20-Regierungen, darunter Deutschland, verbindliche Regelungen schaffen. Gute Ideen dafür gibt es genug. Und schließlich müssen auch die Verhandlungen um die Schaffung eines Staateninsolvenzverfahrens bei den Vereinten Nationen wieder aufgenommen werden. Letzteres wurde schon vor der Corona-Pandemie angesichts der dramatischen Verschlechterung der globalen Schuldensituation von Entwicklungsländern gefordert, etwa vom Botschafter Malawis für die Gruppe der Least Developed Countries in den Vereinten Nationen.

In der zweiten Jahreshälfte 2020 gilt es, den zivilgesellschaftlichen Druck zu erhöhen und den Forderungen aus dem Globalen Süden lauthals und solidarisch Gehör zu verschaffen. Unsere Forderungen und Aktionen werden regelmäßig auf unserer Webseite unter dem Kampagnentitel „Ein Erlassjahr zur Bekämpfung der Corona-Krise“ aktualisiert. Damit 2021 nicht zum Jahr der globalen Schuldenkrise wird!

Kristina Rehbein, erlassjahr.de

#CancelTheDebt | © EURODAD/Jubilee Debt Campaign

Herbst 2020: **Virtuelle Vortragsrundreise** mit Expert*innen aus dem Globalen Süden

Im Herbst 2020 laden wir fünf Expert*innen aus Ecuador, Angola, Simbabwe, Pakistan, Tansania und Mosambik virtuell nach Deutschland ein. Sie werden per Liveschaltung über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf ihr Land, die Schuldensituation sowie die Forderungen der Zivilgesellschaft sprechen.
Wenn ihr wollt, kommen sie auch zu euch in die Stadt oder Gemeinde! Organisiert einfach eine Veranstaltung bei euch vor Ort und wir von erlassjahr.de kommen vorbei und unterstützen euch bei der Zuschaltung der jeweiligen Gastredner*innen sowie bei der konsekutiven Übersetzung. Termine erfolgen nach Absprache mit dem*der Gastredner*in zwischen Mitte Oktober und Mitte November. Sprecht uns an – mit eurem Wunschtermin und dem gewünschten Land.
Weitere Informationen: *www.erlassjahr.de/termin/virtuelle-vortragsrundreise-in-solidaritaet-gehoer-verschaffen/*

25. September 2020 in Berlin und online: **Fachgespräch Corona, Schulden, Rezession**

Was haben die schuldenerleichternden Maßnahmen der G20 und des IWF gebracht? Welche Forderungen gibt es von Seiten der betroffenen Schuldnerländer? Und wie könnten über das Jahr 2020 hinausgehende Möglichkeiten zum Schuldenerlass aussehen?
Gemeinsam mit Brot für die Welt, Misereor und Oxfam Deutschland wollen wir Antworten auf diese Fragen finden. Die Veranstaltung findet am 25. September 2020 von 16 – 18 Uhr in Berlin statt und wird per Livestream auch im Internet übertragen.
Anmeldung und Infos zum Programm: *www.erlassjahr.de/termin/expert-discussion-debt-relief-as-response-to-the-corona-induced-recession-what-next/*

erlassjahr.de und Corona-Lockdown

Die Corona-Pandemie hat unsere Arbeit bei erlassjahr.de im Jahr 2020 nicht nur inhaltlich beeinflusst, sondern auch ganz praktisch. Durch die Einschränkungen des öffentlichen Lebens mussten Veranstaltungen wie etwa die Jahrestagung in Eisenach abgesagt, Kampagnenaktionen neu geplant und Heimarbeitsplätze eingerichtet werden. Ebenso wie viele andere Organisationen haben auch wir begonnen, verstärkt mit Online-Seminaren zu arbeiten und Kampagnen auf die Mobilisierung in den Sozialen Medien hin auszuweiten. Schaut daher immer mal wieder auf unserer Webseite vorbei – für Termine und Aktionen.

Corona trifft uns alle, aber es trifft nicht alle gleich. Das gilt für jeden einzelnen Menschen, aber auch für Staaten – insbesondere für hochverschuldete. Wir haben uns bei einigen unserer deutschen Mitträgerorganisationen umgehört, wie die Situation in den Partnerländern im Globalen Süden ist. Im Folgenden einige Länderbeispiele aus Argentinien, Sambia, Simbabwe, Angola und der Pazifikregion, die die Auswirkungen der durch Corona ausgelösten wirtschaftlichen Rezession veranschaulichen.

Argentinien: Erneut vor der Staatspleite

Die „guten alten Zeiten“ sind zurück!

Und wieder, Argentinien steckt erneut in einer Verschuldungskrise! Verwunderlich ist es nicht: Denn neoliberale Politik löst eine Finanzblase aus und Spekulanten transferieren ihre Gewinne schnell in Steueroasen. Die dafür nötigen Devisen besorgt man sich einfach über Verschuldung. Diese schnellt im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung in die Höhe und die Krise ist da.

Rückblende: Trotz heftigen Streits mit den Geierfonds war 2015 das strukturelle Schuldenproblem in Argentinien so gut wie überwunden. Die Schulden im In- und Ausland lagen unter 50 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Davon profitierte die 2015 neu gewählte Regierung unter Präsident Mauricio Macri (auf Kosten des Landes): Nach einer schnellen Einigung mit den Geierfonds durch die Anerkennung aller Forderungen inklusive Zinseszins und Anwaltskosten sowie einer vollständigen Öffnung des Finanzmarktes und der Ernennung eines vertrauenswürdigen Kabinetts (besetzt mit ehemaligen Bankdirektor*innen und Ex-Manager*innen von Investmentfonds), war das Land wieder kreditwürdig.

Eindruck aus Córdoba, der zweitgrößten Stadt Argentiniens | © privat

Achillesferse war der Devisenmarkt

Im Vergleich zu früheren Finanzblasen hielt sich die private Verschuldung dieses Mal in Grenzen. Die Achillesferse aber war der Devisenmarkt: Während die Exporteure von Gütern und Dienstleistungen von der Verpflichtung, Devisen ins Land zu bringen, entbunden wurden, überwiesen Spekulanten ihre Gewinne in großem Umfang ins Ausland. Die dadurch entstandene Devisenlücke wurde durch Staatsverschuldung gedeckt.

Als die privaten Kapitalgeber Anfang 2018 wegen des schnell wachsenden Schuldenbergs das Vertrauen verloren, half der Internationale Währungsfonds (IWF) mit dem größten Kredit seiner Geschichte in Höhe von 57 Milliarden US-Dollar. Die Außenverschuldung stieg dadurch auf fast 100 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und die Krise in Argentinien wurde unvermeidbar. Bereits Mauricio Macri hatte die ersten Zahlungen verschieben müssen, bevor er 2019 sein Amt an Präsident Alberto Fernandez übergab. Durch die Corona-Krise entwickelte sich der raue Wind zu einem Sturm. Sogar der immer skeptische IWF äußerte mehrmals: Eine Umschuldung mit Erlass sei unumgänglich.

Geld zurück wichtiger als ökonomische Vernunft

Die neue Regierung setzte auf die Strategie, mit den drei Gläubigergruppen (Privaten, IWF und Pariser Club der Gläubigerregierungen) nacheinander zu verhandeln. So wurde Anfang März 2020 ein Vorschlag für die privaten Gläubiger eingereicht, der im Kern einen geringen Schuldenschnitt, die Verlängerung der Zahlungsfristen und eine Senkung der Zinsraten von beinahe 9 Prozent auf etwa 2,5 Prozent vorsah; eine solche Zinshöhe hätte etwa dem entsprochen, was das Nachbarland Chile zur Zeit auf seine Auslandsschulden zahlen muss.

Der Vorschlag war vernünftig und hätte Argentinien aus der Schuldenkrise geholfen. Doch Gläubiger lassen sich seltener von ökonomischer Vernunft leiten als von ihrem Wunsch, soviel Geld wie möglich zurück zu bekommen. Seitdem wird eifrig verhandelt, bis dato ohne Erfolg. Die argentinischen Behörden sind inzwischen überzeugt, dass es nicht (nur) um Geld geht. Denn Argentinien hatte seine Vorschläge mehrfach angepasst.

Wird keine Lösung erzielt, bleibt als Ausweg nur eine neue förmliche Staatspleite. Findet man zusammen mit der Mehrheit der Gläubiger doch zu einer Lösung, steht immer noch eine Einigung mit dem IWF aus. Ein Schuldenerlass vom IWF ist nicht zu erwarten. Hier geht es nicht (nur) um Geld. Zur Diskussion steht die gesamte Wirtschaftspolitik, die „gemeinsam“ zu gestalten ist. Es geht also um die Zukunft der argentinischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir haben in den letzten zwölf Monaten viel progressive Rhetorik aus dem IWF über eine Modernisierung seiner wirtschaftspolitischen Konzepte gehört. Argentiniens Schulden substanziell zu strecken, um der Regierung eine Politik im Interesse der Bevölkerungsmehrheit zu ermöglichen, wäre eine exzellente Gelegenheit, den Worten Taten folgen zu lassen.

Prof. Dr. Andrés Musacchio,
Studienleiter an der
Evangelischen Akademie Bad Boll

Anm. d. Red.: *Nach Redaktionsschluss des Entschuldungskuriers wurde eine zunächst vorläufige Einigung zwischen der argentinischen Regierung und den Privatgläubigern verkündet. Diese sollte am 28.08. bestätigt werden. Auf unserer Website halten wir euch über die neuesten Entwicklungen auf dem Laufenden.*

Wieder Argentinien-AG bei erlassjahr.de

Seit einiger Zeit gibt es bei erlassjahr.de wieder eine Arbeitsgruppe (AG) zu Argentinien. Sie bringt Vertreter*innen von Mitträgerorganisationen und Lateinamerika-Interessierte zusammen, die sich für eine faire Überwindung der immer wieder auftretenden Schuldenkrisen Argentiniens einsetzen.
Während der letzten Krise hat die AG gemeinsam mit argentinischen Partner*innen intensiv an Alternativen zum traditionellen Schuldenmanagement gearbeitet. An diese Vorarbeiten soll nun angeknüpft werden. Die AG freut sich über weitere Mistreiter*innen – alle Argentinien-Interessierten sind willkommen! Die Treffen finden in unregelmäßigen Abständen entweder physisch oder per Telefonkonferenz statt.

Ansprechpartner bei erlassjahr.de ist Jürgen Kaiser: *j.kaiser@erlassjahr.de*.

LESETIPP:

erlassjahr.de hat im Januar 2020 die Fachinformation 63 „Argentinien in der neuen Schuldenkrise: Fatale Hoffnungen und Lektionen aus der Geschichte“ herausgegeben. Darin beschreiben die Autoren Andrés Musacchio und Jürgen Kaiser von erlassjahr.de, vor welchen Herausforderungen Argentinien derzeit steht und welche Schritte das Land gehen sollte.
Fachinfo als kostenloser Download unter: *www.erlassjahr.de/produkt-kategorie/fachinformationen/*

Fortbildung in Corona-Zeiten mit Mundschutz und Abstand | © ADRA Huila

Angola: Im Ausnahmezustand

Straßenhandel geht nicht im Homeoffice

Angola gehört zu den afrikanischen Ländern, über die wenig berichtet wird. Die Unabhängigkeit von Portugal blutig erstritten, erst 1975 unabhängig geworden, hat es noch bis 2002 unter Kriegen gelitten, in die sowohl internationale Akteure (Ost-West-Konflikt) als auch verschiedene Ethnien und Parteien verwickelt waren. Der langjährige Präsident Eduardo dos Santos baute in 38 Jahren (1979-2017) ein kleptokratisches System auf.

So hinterließ er seinem Nachfolger Joao Lourenço ein hoch verschuldetes Land, in dem selbst die staatliche Erdölfirma Sonangol mit über 60 Prozent seines Gesamtwertes verschuldet war. Der Staatshaushalt wird durch die Rohölerträge finanziert und ist damit vom internationalen Rohölpreis extrem abhängig. Mit dem weltweiten Preisverfall ist Angola mittlerweile in eine ökonomische Krise gerutscht.

In den üppigen Jahren wurde wenig in den flächendeckenden Ausbau von Gesundheitsinfrastruktur investiert, weil die Überschüsse heimlich ins Ausland verschoben wurden. Nach dem Präsidentenwechsel konnte das allerdings nicht mehr geschehen, einfach weil es keine Überschüsse mehr gab. So sind im Etat 2020 gerade mal fünf Prozent für Gesundheit eingeplant.

Und nun regiert COVID-19. Die ersten beiden Fälle wurden am 21. März gemeldet. Am 25. März wurde für 15 Tage der nationale Notstand erklärt. Das Dekret untersagte den freien Verkehr von Menschen und Waren. Polizei und Militär wurden zu Kontrollorganen erklärt. Bis zum 25. Mai wurde dieser Notstand zweimal verlängert, danach traten unterschiedliche Lockerungen in Kraft.

Durch den Lockdown mussten viele Firmen schließen, sie kündigten ihren Mitarbeitenden oder konnten keine Löhne mehr zahlen. Ein Großteil der Bevölkerung aber lebt vom informellen Sektor, der noch extremer betroffen ist – Straßenhandel geht nicht im Homeoffice. Die Menschen stehen vor existentiellen Problemen. Der Staat hat zwar rasch reagiert, um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, aber er schützt die Menschen nicht vor Armut und Hunger. Die vom Staat versprochenen Hilfen gibt es in Wirklichkeit kaum. Die Menschen können die Nachteile des Lockdowns oft nicht kompensieren, ohne gegen die Restriktionen zu verstoßen. Solche Verstöße aber werden mit rigorosen Strafen in Schnellprozessen geahndet, bei denen die verfassungsmäßigen Rechte oft nicht gewährleistet sind.

Im Ausnahmezustand zählen Nichtregierungsorganisationen zum privaten Sektor und unterliegen daher allen entsprechenden Beschränkungen. Viele haben schnell neue Ideen entwickelt, um weiter mit ihren Zielgruppen arbeiten zu können. In manchen Regionen wurde der nationale Notstand jedoch von staatlicher Seite aus auch dazu genutzt, um kritische Organisationen zu verfolgen. In ihrem portugiesischsprachigen Programm berichtet etwa die Deutsche Welle regelmäßig über die aktuellen Entwicklungen in Angola.

Petra Aschoff, Koordinierungskreis Mosambik e.V.

Sambia: Soziale Kluft wird größer

„COVID-19 macht alles noch schlimmer“

Es ist nicht das Virus, das Sambia in diesen Schlamassel gebracht hat. Es ist der Präsident“, schrieb die englische Wochenzeitung The Economist im Mai 2020. Die Wirtschaft Sambias, die sich auch ohne Corona schon in einem prekären Zustand befand, bricht nun weiter ein, weil die Rohstoffpreise verfallen und die meisten internationalen Häfen und Flughäfen schließen mussten. Dazu kommt, dass die Einnahmen aus Rohstoffexporten um etwa 30 Prozent gesunken sind. Die sambische Währung, der Kwacha, gibt ebenfalls nach. Die Regierung hat kaum Handlungsspielraum, zumal fast die Hälfte des Steueraufkommens in den Schuldendienst fließt.

Im Juni 2020 hat Sambias Kabinett ein Konjunkturpaket von 8 Milliarden Kwacha (389 Millionen Euro) gebilligt, das die Schuldenlast des Landes weiter erhöhen wird. Aufgrund der derzeitigen Situation und der Herausforderungen angesichts der Corona-Krise haben zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit zum Schuldenerlass aufgerufen. Eugene Kabilika, Geschäftsführer von Caritas Sambia, schloss sich dem Aufruf an: „Tausende, wenn nicht sogar Millionen von Sambier*innen stehen bereits vor verheerenden gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, und der Ausbruch der COVID-19-Pandemie wird die Situation nur noch schlimmer machen. Ein dauerhafter Erlass der anstehenden Schuldenzahlungen an Sambia wäre der schnellste Weg, um die vorhandenen öffentlichen Mittel zur Bewältigung dieser beispiellosen Krise freizusetzen und Leben zu retten.“ China hat bereits angekündigt, Sambia bei den Schulden entgegenzukommen.

Bis Anfang Juli 2020 hat Sambia 30 Todesfälle bei 1.632 bestätigten Corona-Infektionen gemeldet, die meisten aus der Grenzregion zu Tansania. Die Regierung hat diesen Grenzübergang nach den ersten Lockerungen wieder geschlossen. Die zweite Konzentration von Infektionen findet sich in der Hauptstadt Lusaka. Dort leben rund 2,5 Millionen der insgesamt 17,5 Millionen Bewohner*innen des Landes.

Die Schwierigkeiten liegen für die meisten Menschen in den begrenzten Möglichkeiten, Hygienemaßnahmen adäquat umzusetzen. Oft gibt es kein Wasser, geschweige denn Desinfektionsmittel oder Schutzkleidung. Lehrer*innen und Eltern wehren sich vehement gegen die Wiedereröffnung der Schulen, solange keine ausreichenden Schutzmaßnahmen getroffen werden können. Obwohl die Regierung versprochen hat, bis zur Öffnung ausreichend Masken bereit zu stellen, ist nichts passiert.

So wird auch in Sambia die Kluft zwischen „haves“ und „have nots“ immer größer. Es ist inzwischen bekannt, dass sich ärmere Menschen eher infizieren und mit größerer Wahrscheinlichkeit sterben. Lockdown und Quarantäne haben auf sie dramatischere Auswirkungen, da sie höhere Einkommensverluste erleiden: Sie haben keine Rücklagen, erhalten schon in normalen Zeiten unzureichende Löhne, haben keine soziale Absicherung und können nicht von zu Hause aus arbeiten.

Viele prekäre Jobs fallen ganz weg, wenn kleine, lokale und informelle Verkaufsmöglichkeiten verboten werden. Gleichzeitig steigen die Preise für Waren und Dienstleistungen unverhältnismäßig stark an. Jugend- und Frauenorganisationen warnen, dass gerade in ärmlichen Verhältnissen aufgrund der Enge auch die Gefahr von häuslicher Gewalt exorbitant zunimmt, sämtliche Hilfsmaßnahmen aber aufgrund der Pandemie lahmgelegt sind.

Einige private Hilfsorganisationen versorgen Menschen in den Ballungszentren mit Grundnahrungsmitteln, weil mit staatlicher Unterstützung nicht zu rechnen ist. Es ist absehbar, dass aus dem angekündigten Konjunkturpaket, das die Schuldenlast des Staates erhöht und Sambia damit langfristig daran hindert, etwa das Gesundheitssystem auszubauen, nichts bei den armen Menschen des Landes ankommt. Sie sind die Leidtragenden der Pandemie, in jeder Beziehung.

Simone Knapp, Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA)

*Der meiste Güterverkehr in Sambia geht über die Straßen. Lastwagenfahrer*innen stehen unter Verdacht, das Virus zu verbreiten. © KASA*

Simbabwe: Kein Aufschub in Sicht

Weltgebetstag sammelt 100.000 Unterschriften

Simbabwe war 2020 Schwerpunktland des Weltgebetstags. Seit dem Start der Unterschriftenaktion „Gesundheit statt Schulden“ für Simbabwe sind innerhalb eines Jahres rund 100.000 Unterschriften in der Geschäftsstelle des Weltgebetstags eingegangen. Aufgrund der Corona-Krise konnten die Unterschriften bisher jedoch noch nicht an die Bundesregierung übergeben werden.

Im April 2020 haben die G20-Staaten den 73 ärmsten Ländern der Welt wegen der Corona-Krise ein Moratorium auf ihre Schuldendienstzahlungen angeboten. Das bedeutet, dass sie zunächst keine Zinsen und Rückzahlungen für ihre Kredite leisten müssen, wenn die Verträge vor dem 24. März 2020 geschlossen wurden. Ursprünglich war auch Simbabwe eines dieser 73 Länder, wurde jedoch im Nachhinein von der Liste wieder gestrichen.

Der Grund: Simbabwe hat Zahlungsrückstände bei der Weltbank und gilt dadurch nicht als vertrauenswürdig. „Die Bundesregierung könnte diese Ungerechtigkeit immer noch mit einer Schuldenumwandlung, wie wir sie mit unserer Unterschriftenaktion fordern, teilweise ausgleichen“, sagt Irene Tokarski, Geschäftsführerin des Weltgebetstags Deutschland. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria (Global Fund) weitet derzeit seine Aktivitäten in den Bereich der allgemeinen Stärkung von Gesundheitssystemen auch mit Blick auf COVID-19 aus. „Für unsere Unterschriftenaktion bedeutet das, sie

Unterschriftenstapel in der Geschäftsstelle des Weltgebetstags | © WGT

ist noch genauso wichtig wie vor der Corona-Krise.“ Nach Einschätzung von Tokarski wird es allerdings einige Zeit dauern, bis das Thema wieder auf die politische Agenda kommt.

Der Weltgebetstag setzt sich zusammen mit erlassjahr.de und seinen Mitgliedsorganisationen dafür ein, dass Deutschland auf einen Teil der Schuldenrückzahlung verzichtet. Stattdessen soll die Regierung von Simbabwe dieses Geld in einen unabhängigen Fonds zur Förderung von Frauen- und Gesundheitsprogrammen einzahlen. Die Programme werden zusammen mit Organisationen der simbabwischen Zivilgesellschaft ausgewählt und umgesetzt.

Corinna Russow, Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee e. V.

Nur wenige können sich in Simbabwe eine ärztliche Behandlung leisten. © Freddy Dutz/EMW

Weitere Informationen unter:
www.weltgebetstag.de/aktionen/gesundheit-statt-schulden/aktuelles-von-der-unterschriftenaktion/

Eindruck aus Lae/Papua-Neuguinea | © privat

Pazifik: Kein Tourismus, kaum Geld

Im selben Sturm, aber nicht im selben Boot

Das Corona-Virus ist derzeit für die Gesundheit eines Großteils der pazifischen Bevölkerung, anders als sonst in der Welt, keine große Gefährdung. Die Gründe dafür sind dieselben, die auch dafür verantwortlich sind, dass der flüssige Kontinent im Gefüge der Weltwirtschaft benachteiligt ist: Die Abgelegenheit der besiedelten Gebiete, die geringe Bevölkerungsdichte und vor allem die extrem hohen Transport- und Reisekosten nach, von und in Ozeanien.

Aber die Auswirkungen der Corona-Pandemie verstärken die ohnehin vorhandenen wirtschaftlichen Probleme: Fidschis Währungsbank beispielsweise geht davon aus, dass die Wirtschaft des Landes wegen des ausbleibenden Tourismus um knapp 22 Prozent schrumpfen wird. In dem seit längerem am Rand der Zahlungsunfähigkeit stehenden Papua-Neuguinea, dem größten Land der Region, zahlt die Regierung seit Januar ihre Zuschüsse für den Gesundheitsdienst der Kirchen nicht mehr aus und riskiert damit die finanzbedingte Schließung der Hälfte aller Gesundheitseinrichtungen im Land.

Zugleich nimmt in Papua-Neuguinea die Anzahl nachgewiesener Infektionen langsam, aber stetig zu. Obwohl kaum Tests durchgeführt werden, meldet die Regierung aktuell 17 Fälle und warnt die Bevölkerung eindringlich vor den fatalen Folgen, die eine Ausbreitung von COVID-19 hätte, auch und gerade angesichts des miserablen Gesundheitssystems, das weit entfernt von internationalen Standards ist.

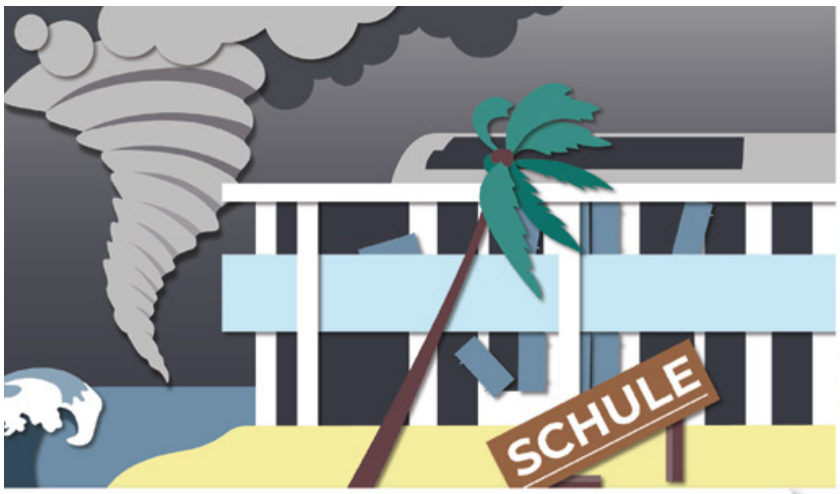
Die pazifische politische Großwetterlage in der Corona-Zeit lässt sich nicht ohne einen Hinweis auf den augenscheinlich wachsenden Einfluss Chinas beschreiben. Beispiele dafür sind die aktuelle Abkehrbewegung von Taiwan durch eine Reihe pazifischer Staaten, aber auch bilaterale Verhandlungen, wie sie jüngst Politiker*innen aus dem coronafreien Vanuatu und der Volksrepublik China über die Bekämpfung der gesundheitlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen von COVID-19 geführt haben.

Eine Maßnahme Vanuatus zur Linderung der Corona-Auswirkungen ist die Erwägung, die Laufzeit seines im Juni gestarteten 25 Millionen Dollar teuren Beschäftigungsförderungsprogramms um einen Monat zu verlängern. Ebenfalls in der Diskussion ist die Möglichkeit von Reisen nach und von Australien auch vor Ende der Pandemie. Für die pazifischen Inselstaaten und ihre wirtschaftlich und politisch mächtigen Nachbarländer gilt, was für die Staaten weltweit gilt: Alle befinden sich im selben Corona-Sturm, sitzen aber nicht im selben Boot.

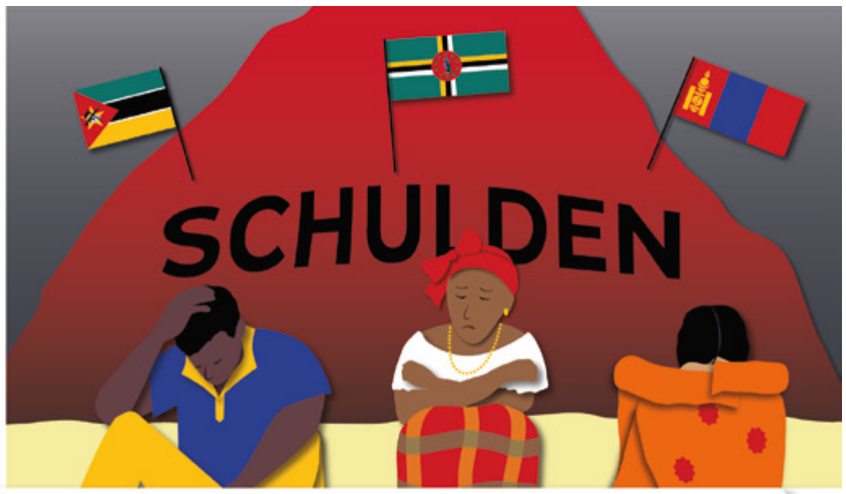
Pastor Martin Haasler, Zentrum für Mission und Ökumene – nordkirche weltweit

Solidarität statt Schuldenfalle

Klimagerechtigkeit braucht Entschuldung



Durch den Klimawandel werden Naturkatastrophen immer heftiger und häufiger.

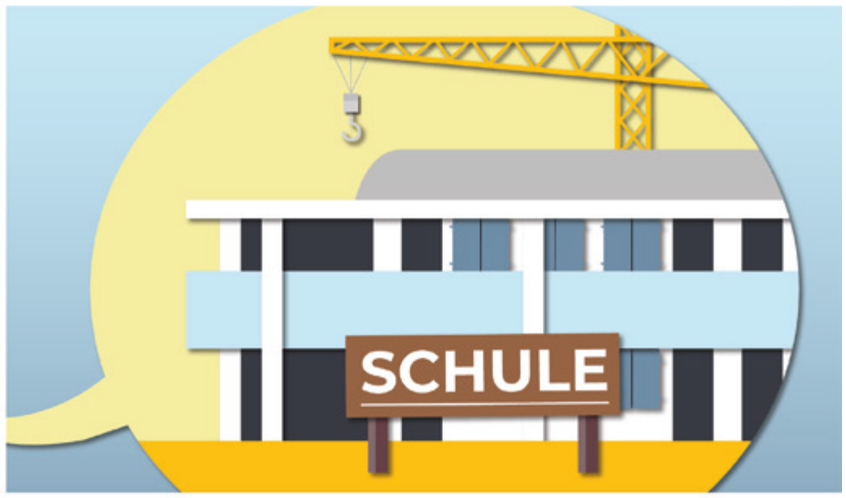


Betroffene Länder laufen dadurch Gefahr, in eine Schuldenfalle zu geraten.

Gläubiger verlangen ihr Geld auch dann zurück, wenn es dringend gebraucht wird.

Die Hauptverursacher des Klimawandels übernehmen keine Verantwortung für seine Folgen.

Wir fordern: Naturkatastrophen dürfen in armen Ländern keine Schuldenkrisen auslösen!



Schuldendienst aussetzen und Schulden neu verhandeln – für den Neuanfang!

Alle Infos zur Kampagne:
erlassjahr.de/kampagne/klimagerechtigkeit-braucht-entschuldung/

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

Neue erlassjahr.de-Kampagne
Klimagerechtigkeit braucht Entschuldung!

Hurrikan „Maria“ fegte 2017 über die Karibikinsel Dominica hinweg und verwüstete sie vollständig. Auch finanziell war das ein Desaster für den Inselstaat: Die Schäden entsprachen 225 Prozent seiner gesamten jährlichen Wirtschaftsleistung. Dominica ist kein Einzelfall. Naturkatastrophen wie diese werden durch den menschengemachten Klimawandel weltweit an Heftigkeit und Häufigkeit zunehmen.

Hoch verschuldete Länder wie Dominica geraten durch solche Klimakatastrophen immer tiefer in eine Schuldenfalle: Mit jeder Schuldenrückzahlung an ihre Gläubiger verlieren sie Geld, das dringend für Nothilfe und Wiederaufbau gebraucht wird. Sie müssen auf Hilfszusagen aus dem Ausland warten oder sogar neue Kredite aufnehmen, die ihre Schulden weiter in die Höhe treiben. Im Fall einer solchen Katastrophe muss verhindert werden, dass weiter Geld aus dem Staatshaushalt abfließt: Ein automatischer Zahlungsstopp der laufenden Schuldenrückzahlung setzt dringend benötigtes Geld zur sofortigen Verwendung für Nothilfe und Wiederaufbau frei. In einem zweiten Schritt muss der betroffene Staat mit seinen Gläubigern verhandeln können, wie die Verschuldung auf ein tragfähiges Maß gesenkt werden kann.

Besonders ungerecht: Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, sind am stärksten von dessen negativen Auswirkungen betroffen. Und die Hauptverursacher – reiche Länder wie Deutschland – sind bisher nicht bereit, für die verheerenden Folgen des Klimawandels finanziell Verantwortung zu übernehmen.

erlassjahr.de fordert daher von der deutschen Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass Naturkatastrophen nicht zu Schuldenkrisen in armen Ländern führen. Dieses Ziel muss die Bundesregierung in allen für die Entwicklungs- und die Klimafinanzierungsdebatte relevanten Foren verfolgen. Das heißt konkret:

- Die Bundesregierung soll sich sowohl bei den Klimakonferenzen als auch im Financing for Development-Prozess der Vereinten Nationen und im Internationalen Währungsfonds für die Schaffung einer Entschuldungsoption zugunsten von Ländern, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, einsetzen.
- Im Fall einer Katastrophe soll Deutschland – am besten zusammen mit anderen EU-Mitgliedern, nötigenfalls aber auch allein – ein Moratorium für den Schuldendienst eines betroffenen Landes aussprechen.

Macht mit:
POSTER AUSHÄNGEN, KAMPAGNE POSTEN!

Im Innenteil dieses Entschuldungskuriers findet ihr das Poster zur Kampagne zum Heraustrennen. Hängt es bei euch im Gemeindeschaukasten oder im Eine-Welt-Laden aus und macht damit die Forderung nach gerechter Entschuldung sichtbar! Schickt uns gerne auch Fotos davon mit Ortsangabe per Mail an *buero@erlassjahr.de*, damit wir die Bilder in den Sozialen Medien teilen können. Weitere Poster im Format A3 und A4 könnt ihr bestellen unter: *www.erlassjahr.de/produkt-kategorie/aktionsmaterial/*

Aktionswoche im Oktober: Bei der virtuellen Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 12. bis 18. Okt. 2020 soll die Kampagne ihren Höhepunkt erreichen. Durch Aktionen in den Sozialen Medien wollen wir die Forderungen gemeinsam mit euch an die politischen Entscheidungsträger*innen herantragen und sie so zum Handeln bewegen. Macht auch hier mit und teilt, retweetet und postet in diesem Zeitraum, was das Zeug hält!

Alle Informationen zu Kampagne und Aktionswoche:
www.erlassjahr.de/kampagne/klimagerechtigkeit-braucht-entschuldung

Eine Krise, die nicht stillhält
Klimawandel und Corona potenzieren Probleme

Wer erinnert sich noch an die Nachrichten über Amphan? Oder Amanda? Erst im Mai 2020 waren das die Namen der ersten beiden großen Tropenstürme. „Amphan“ brachte Zerstörung an die ostindische Küste, nach Bangladesch und bis hinauf in den Himalaya. 118 Menschen verloren vor allem in den Küstengebieten von Bangladesch ihr Leben. Die Regierung schätzte die materiellen Verluste auf rund 1,5 Milliarden US-Dollar.

Fast zeitgleich zog vom Pazifik kommend „Amanda“ über El Salvador und Guatemala hinweg; viel weniger stark als Amphan im Indischen Ozean, aber mit jeder Menge Regen im Gepäck. Vor allem in den Armensiedlungen von El Salvador verloren 33 Menschen ihr Leben und unzählige weitere ihr Zuhause.

In beiden Regionen trafen die Zerstörungen auf Gesellschaften, die wegen der sich gerade ausbreitenden Corona-Pandemie bereits geschwächt waren. Und auf Staaten, die bereits so stark im In- und Ausland verschuldet sind, dass es weder für die Bewältigung der einen noch der anderen Katastrophe fiskalische Spielräume gibt.

Die Hurrikan-Saison 2020 war zu diesem Zeitpunkt noch jung. Deswegen bekamen beide Stürme Namen, die mit „A“ anfangen. Für beide Weltregionen, für Südasien, vor allem aber für die Karibik kann es noch ein langer Weg werden, bis die Hurrikan-Saison mit einem Sturm namens „Wilfred“ oder so ähnlich vielleicht im Oktober zu Ende geht.

Das Schicksal der beiden Regionen hat uns drastisch daran erinnert, dass der menschengemachte Klimawandel nicht mal kurz stillhält, wenn die Menschheit gerade andere Probleme hat – zum Beispiel ein schwer einzufangendes Virus. Der Meteorologische Dienst der USA sagt für die Karibik eine überdurchschnittliche Hurrikan-Saison mit 19 „benannten“ Stürmen voraus, davon drei bis sechs der höchsten Hurrikan-Stufe.

Welche der karibischen Inseln auch von einem oder mehreren dieser Stürme getroffen wird, es wird sie schwer treffen. Denn alle diese so romantisch gerne Inseln „über dem Winde“ oder „unter dem Winde“ genannten Kleinstaaten hatten in diesem Jahr schon Einnahmeausfälle zwischen 30 und 80 Prozent, weil die Ferienflieger aus den USA und Europa nicht mehr kommen. Nicht einmal die Kreuzfahrtschiffe machen derzeit in Roseau oder St. George’s fest, um zahlungskräftige Gringos und Gringas in die Einkaufsstraßen zu schwemmen.

Staaten, die ganz früher einmal vom Bananenexport in den seinerzeit noch geschützten EU-Binnenmarkt lebten und sich nach dessen Öffnung fast über Nacht mit den rotgesichtigen Touris anfreunden mussten, können auf deren Ausbleiben nicht anders reagieren als durch neue Kreditaufnahme im Ausland oder die Einstellung der Bedienung von Altschulden. Denn natürlich ist auch die touristische Infrastruktur beständig mit Krediten finanziert worden. »»

Kolkata, Indien: Am Tag nach dem Tropensturm „Amphan“. Ein städtischer Angestellter fegt abgebrochene Äste von der Straße.
© suprabha7 / Shutterstock.com

Unser Partnernetzwerk Jubilee Caribbean hat schon 2018 dargelegt, wie ein sofortiges Schuldenmoratorium für sturmzerstörte Staaten organisiert werden und nach welchen Kriterien danach eine sinnvolle Entschuldung funktionieren kann. Das Moratorium haben inzwischen die G20 aufgegriffen, um den ärmsten der von der COVID-19-Pandemie betroffenen Staaten Maßnahmen zu deren Eindämmung zu ermöglichen.

Beide Herausforderungen – die globale Seuche und der menschengemachte Klimawandel – stellen uns vor die gleiche Herausforderung: Wie kann verhindert werden, dass aus außergewöhnlichen Stresssituationen für Wirtschaft und Gesellschaft soziale, wirtschaftliche und politische Katastrophen werden? Die Aussetzung, Neuverhandlung und Reduzierung von Auslandsschulden kann in beiden Fällen eine Schlüsselrolle spielen.

Jürgen Kaiser, erlassjahr.de

LESETIPP:

erlassjahr.de hat im August 2020 die **Fachinformation 64** „Der nächste Sturm kommt mit Sicherheit – Entschuldung als Krisenreaktion in Zeiten des Klimawandels“ herausgegeben, in der Autor Jürgen Kaiser das Thema weiter entfaltet. Kostenloser Download unter**:** *www.erlassjahr.de/produkt-kategorie/fachinformationen/*

Pädagogisches Material

Zahlen und Fakten: Klimawandel und Schulden

Viereckenspiel

Darum geht es

- Die Aktivität bietet den Teilnehmenden einen ersten Zugang zum Zusammenhang von Staatsschulden und Klimawandel.
- Anhand von Zahlen und Fakten wird die Aufmerksamkeit der Teilnehmenden auf die „doppelte Verwundbarkeit“ von Staaten gelenkt: Sie lernen, dass Staaten des Globalen Südens nicht nur kritisch verschuldet, sondern zusätzlich von Wetterextremen wie Wirbelstürmen, Starkregen und Dürren bedroht sind.

15 Minuten
10-30 Personen
leicht

Vier bunte Papiere, die mit A, B, C und D beschriftet sind

Durchführung

Beim Viereckenspiel handelt es sich um einen Quiz, bei dem zu jeder Frage vier Antworten (A, B, C, D) angeboten werden. Nur eine davon ist richtig.

Kennzeichnen Sie die 4 Ecken des Raumes mit den mit A, B, C, D beschrifteten Papieren. Die Teilnehmenden stellen sich zunächst in der Mitte des Raumes auf.

Sie lesen die erste Frage und die zugehörenden Antwortalternativen (A bis D) langsam vor. Entsprechend der Antwort, die die Teilnehmer*innen für richtig halten, begeben diese sich in eine der mit A bis D gekennzeichneten Ecken. Sie warten so lange, bis jede*r Teilnehmer*in sich auf eine Antwort festgelegt hat. Sie nennen die richtige Antwort und erläutern diese gegebenenfalls kurz. Anschließend begeben sich die Teilnehmer*innen für die nächste Frage wieder in die Mitte des Raumes.

Wenn es sich um junge Teilnehmer*innen handelt, können Sie den Personen, die sich in der richtigen Ecke befinden, einen Punkt gutschreiben. Am einfachsten ist es aber, die Teilnehmenden aufzufordern, sich selbst zu merken, wie viele Punkte sie im Laufe des Spiels gesammelt haben.

Wenn Klimakatastrophen verschuldete Staaten treffen

Ergänzendes pädagogisches Material zur Broschüre „Schuldenkrisen treffen Menschen“ für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit

Wie kann ein hoch verschuldetes Land wie Sambia auf den Klimawandel reagieren? Wie unterschiedlich sind reiche Industriestaaten und arme Entwicklungsländer vom Klimawandel betroffen? Und warum sollten wir überhaupt Schulden mitdenken, wenn wir über Klima reden?

In unseren neuen Bildungsmaterialien thematisieren wir die Auswirkungen von klimabedingten Naturkatastrophen auf Länder, die bereits hoch verschuldet sind. Die Materialien verstehen sich als Ergänzung zur 2018 erschienenen Bildungsbroschüre „Schuldenkrisen treffen Menschen“. Im neuen Material geht es jetzt vor allem darum, wie verhindert werden kann, dass die Bevölkerung dieser Staaten durch externe Schocks noch tiefer ins Elend gestürzt wird.

Das Material ist so aufbereitet, dass es ohne große Vorbereitung direkt einsetzbar ist. Es enthält interaktive Übungen („Viereckenspiel“, „Ein Schritt vorwärts“, „Weltspiel“ und „Mystery“) und wird bei Bedarf durch Hintergrundinformationen für die Lehrperson ergänzt. Zielgruppe sind Teilnehmende der schulischen (Sekundarstufe II) und außerschulischen Bildungsarbeit (Jugendliche, Erwachsene).

Die gedruckte Broschüre „Schuldenkrisen treffen Menschen“ kann bei erlassjahr.de bezogen werden. Zusatzmaterialien und die ergänzenden Materialien „Wenn Klimakatastrophen verschuldete Staaten treffen“ stehen ab Ende September auf unserer Website unter *www.erlassjahr.de/mitmachoption/bildung* zum Download zur Verfügung. In unregelmäßigen Abständen veranstalten wir Workshops zur Arbeit mit den Bildungsmaterialien für Lehrpersonen und Multiplikator*innen. Meldet euch bei Interesse daran gerne bei uns im Büro. Der nächste Workshop wird voraussichtlich im Oktober in Stuttgart stattfinden.

Zvezdan Kalmar | © privat / erlassjahr.de

Im Interview: Schuldenbotschafter Zvezdan Kalmar

„Europäische Firmen beuten Serbien aus“

Schuldenkrisen sind nicht nur ein Problem in Lateinamerika oder Afrika, sondern auch in Mittel- und Osteuropa sowie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus ab 1989 sind viele dieser Länder in Zahlungsschwierigkeiten geraten, darunter auch Serbien, ehemals Teil von Jugoslawien.

Der serbische Umweltaktivist Zvezdan Kalmar engagiert sich seit Jahren für Menschenrechte und arbeitet zu internationalen Finanzinstitutionen beim Zentrum für Ökologie und nachhaltige Entwicklung (CEKOR) mit Sitz in Subotica in Serbien. Kristina Rehbein, politische Referentin bei erlassjahr.de, hat im Juli 2020 mit ihm gesprochen.

» Wie wird das Thema finanzielle Gerechtigkeit und faire Entschuldung in Serbien diskutiert?
Es gibt einige zivilgesellschaftliche Organisationen, die zu wirtschaftlicher Gerechtigkeit arbeiten, aber grundsätzlich erhalten Themen der internationalen Gerechtigkeit in der serbischen Öffentlichkeit nicht viel Aufmerksamkeit. Aus diesem Grund ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit die Bewusstseinsbildung. So halten wir Themen der globalen Gerechtigkeit, darunter Verschuldung und Klimagerechtigkeit, im öffentlichen Bewusstsein.

In vielen osteuropäischen Ländern herrscht die Meinung vor, dass Schulden immer und um jeden Preis zurückgezahlt werden müssen. Es fehlt das Bewusstsein dafür, dass es auch gute Gründe geben kann, warum Schulden nicht bedient werden müssen. Es gibt durchaus kritische Stimmen im Hinblick auf die Aufnahme von nicht tragfähigen Krediten und es gibt auch Kritiker*innen, die einen Umbau unseres schuldenabhängigen Wirtschaftsmodells fordern. Doch selbst diesen fehlt das Bewusstsein für Entschuldung als Instrument zur Wiederherstellung einer tragfähigen Wirtschaft. Die unbedingte Rückzahlung von Schulden geht über alles.

» Woher kommt diese Einstellung?
In der serbischen Öffentlichkeit und Politik kann man eine Art kolonisierte Sichtweise beobachten. Wenn die Verschuldung nicht mehr tragbar ist und es Schwierigkeiten gibt, Kredite zurückzuzahlen, heißt es immer, wir sind selbst schuld daran. Dass wir etwa nicht in der Lage sind, Investitionen so zu gestalten, dass sie eine Schuldenrückzahlung ermöglichen. Schaut man sich die Struktur der ausländischen Projektfinanzierungen an, dann ist aber die Intransparenz sowohl bei den Finanzierungen als auch bei den Projekten selbst ein großes Problem. Häufig werden große Infrastrukturprojekte und ihre Finanzierung ohne transparente Vergabeverfahren direkt verhandelt, mit russischen, chinesischen oder auch arabischen Gebern.

» Es fehlt das Bewusstsein dafür, dass es auch gute Gründe geben kann, warum Schulden nicht bedient werden müssen. «

Viele ausländische Kredite fließen in den serbischen Privatsektor, getreu dem in der globalen Entwicklungsfinanzierung propagierten Mantra, dass der Privatsektor der einzig wahre Entwicklungsmotor ist. Ständig

werden neue Firmen gegründet, während gleichzeitig eine große Anzahl insolvent geht. Als die Corona-Pandemie kam, haben hunderttausende Arbeiter*innen ihre Jobs verloren, trotz der Investitionen. Die Wirtschaft besteht weiterhin hauptsächlich aus Dienstleistungen und hat kaum wertschöpfende Industrie. Diejenigen, die von den Krediten für den Privatsektor profitieren, sind häufig Banken und Firmen in ausländischer Hand, die nicht bereit sind, nachhaltig in Serbien zu investieren und Arbeitsplätze zu schaffen.

» Wer sind denn die wichtigsten Kreditgeber?
Schaut man sich die Infrastrukturfinanzierungen an, dann sind China und Russland stark im Bereich des Bahnverkehrs engagiert; die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und die Weltbank vor allem beim Ausbau von Autobahnen und die Europäische Investitionsbank (EIB) im Gesundheitssektor. Durch die Finanzierungsbedingungen der Weltbank und der EBRD werden soziale Dienste häufig privatisiert – im Namen der Effizienz, versteht sich –, aber ein Großteil der serbischen Bevölkerung hat danach keinen Zugang mehr zu diesen Diensten.

Was mich sehr stört ist, dass die Aufträge für den Bau der Infrastruktur oft an ausländische Firmen gehen. Europäische Firmen beuten Serbien aus. Sie kommen hierhin, gründen Tochterfirmen und erhalten – anders als inländische Firmen – hohe Subventionen. Die serbische Regierung investiert in teure Infrastruktur, um sie zu halten. Gleichzeitig zahlen diese Firmen aufgrund von sehr investorenfreundlichen Regelungen kaum oder gar keine Steuern. Damit gehen Profite hauptsächlich außer Landes.

» Die Vorgaben von IWF und Weltbank sind das Krebsgeschwür der serbischen Wirtschaft und Gesellschaft. «

Und diese Firmen beuten die Arbeiter*innen aus. In manchen müssen sie unterschreiben, dass sie die Firma bei möglichen Gesundheitsschäden nicht verklagen. Auch praktisch alle Banken sind in europäischer Hand. Anstatt also das Unternehmensumfeld zu fördern, wie es sich Weltbank und EBRD auf die Fahnen schreiben, zerstören sie es. Das sieht man auch am Bergbausektor. Internationale Finanzinstitutionen wie die Weltbank haben das Umfeld so gestaltet, dass Bergbaufirmen machen können, was sie wollen, ohne Rücksicht auf die Umwelt und lokalen Gemeinschaften zu nehmen und auch ohne dass der serbische Staat finanziell profitiert. Tatsächlich schützt der Staat die Profite dieser Firmen noch mit staatlichen Garantien.

» Wie ist die aktuelle wirtschaftliche Lage seit der Corona-Pandemie?
Aufgrund der jahrzehntelangen strengen Sparpolitik und der neoliberalen Wirtschaftspolitik haben wir eine wirtschaftliche Situation, in der viele Menschen keine gesicherte Lebensgrundlage haben. Viele müssen Serbien verlassen, um anderswo bessere Arbeit zu finden. Durch die Sparvorgaben von IWF und Weltbank gab es lange Zeit einen Einstellungsstopp im öffentlichen Sektor. Jetzt, in der aktuellen Situation, haben wir nicht genügend Gesundheitspersonal. Viele Menschen in Not haben aufgrund der vorgegebenen flexibilisierten Arbeitsrechte keinerlei soziale Sicherung. Die Vorgaben von Weltbank und IWF sind das Krebsgeschwür der serbischen Wirtschaft und Gesellschaft.

» Was fordert ihr im Hinblick auf einen Schuldenerlass?
Viele der genannten Investitionen, die durch die EBRD, die Weltbank und andere Träger finanziert wurden, haben großen umweltbezogenen, gesellschaftlichen und finanziellen Schaden angerichtet und wenig Nutzen für die serbischen Bürger*innen gebracht. Dafür sollten die Gläubiger geradestehen – und nicht die serbischen Bürger*innen, die diese Kredite mit ihren Steuergeldern zurückzahlen müssen.

Wer muss die Kosten tragen?
Online-Seminar GUS und Osteuropa

Wegen ihres vergleichsweise hohen Einkommensniveaus sind die meisten Länder in Osteuropa/GUS von schuldenerleichternden Maßnahmen ausgeschlossen, die die G20 und der IWF für Entwicklungsländer zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie geschaffen haben. Doch auch hier trifft Corona auf zum Teil stark verschuldete Staaten mit schwachen Gesundheitssystemen. Im Online-Seminar „Schuldenkrisen in Osteuropa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Wer muss die Kosten tragen?“ möchten wir im Dialog mit Expert*innen aus der Region die Hintergründe der Verschuldung besser verstehen und herausfinden, welche Ansätze es in den verschiedenen Ländern gibt, mit der aktuellen Rezession und der Bedrohung durch Corona umzugehen.

Das Online-Seminar ist für Ende des Jahres geplant, die Teilnahme ist kostenfrei. **In unserem Newsletter und auf unserer Website werden wir noch über den Termin informieren.** Wer jetzt schon Interesse hat, kann sich einfach bei uns im Büro melden, wir merken eure Teilnahme dann vor.

Demonstration gegen die russische Besatzung der Krim im März 2014 in Kharkiv/Ukraine | *© Pani Garmyder / Shutterstock.com*

Rückzahlung an Kriegsgegner illegitim?
Russland fordert Milliardenschulden von der Ukraine

Die Auslandsschulden der Ukraine sind trotz mehrerer Umschuldungen hoch, aber – auch im regionalen Vergleich – nicht extrem. Trotzdem ist das Land auf wiederholte Unterstützung durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) angewiesen. Zuletzt wurde Ende 2019 ein 5,5 Milliarden US-Dollar schweres Hilfspaket vereinbart und an weit reichende Strukturanpassungsmaßnahmen der Regierung gekoppelt. Diese werden aber nur zögerlich umgesetzt. Die Landeswährung Hryvnia hat im Zuge dieser Entwicklung erheblich an Wert verloren. Die Armut im Land steigt.

Besonders spannend ist die Situation der Ukraine aber noch durch eine andere Frage: Muss man Schulden auch bei einem Gläubiger begleichen, der einem einen Teil des Territoriums weggenommen hat und gegen den man Krieg führt?

Der Hintergrund: 2013 hat Russland der damaligen, ihr gewogenen Regierung von Präsident Janukowitsch einen Kredit von 3 Milliarden US-Dollar eingeräumt. Dabei wurde nicht, wie sonst üblich, einfach ein Kreditvertrag unterschrieben und dann das Geld überwiesen, sondern die Ukraine legte eine Staatsanleihe in dieser Höhe auf. Solche Anleihen werden normalerweise an den internationalen Finanzplätzen einer großen Zahl von Investoren zum Kauf angeboten. In diesem Fall wäre die Ukraine ihr Papier aber kaum losgeworden, denn sie bot nur eine jährliche Verzinsung („Coupon“) von 5 Prozent an, während sie sonst auf ausländische Kredite bis zu 12 Prozent zahlen musste. Die russische Regierung indes kaufte die Anleihe vollständig auf.

Russland klagt vor Londoner Gericht auf 4,5 Milliarden

Schon kurz darauf, Anfang 2014, wurde Janukowitsch in der „Orangenen Revolution“ gestürzt und eine neue, eher pro-westliche Regierung kam ins Amt. Russland besetzte und annektierte daraufhin die Krim-Halbinsel am Schwarzen Meer und begann in der Ostukraine einen Krieg, der bis heute etwa 13.000 Menschen das Leben gekostet hat.

Die Anleihe hätte 2015 zurückgezahlt werden müssen, aber die ukrainische Regierung weigerte sich, dies zu tun, und sie stellte auch die Coupon-Zahlungen ein. Zuvor hatte Russland sich seinerseits geweigert, die Anleihe in eine Umschuldungsregelung einzubringen, so wie die Ukraine sie mit allen anderen Anleihegläubigern er-

zielt hatte, und insistierte darauf, es handele sich um eine zwischenstaatliche (also nicht-private) Forderung. Diesem Standpunkt stimmte auch der IWF zu.

Da die Anleihe (wie international üblich) unter englischem Recht gegeben worden war, verklagte Russland die Ukraine vor dem High Court in London. Mit Zinsen und Verzugszinsen beansprucht Moskau inzwischen mehr als 4,5 Milliarden US-Dollar. Die Ukraine argumentiert dagegen, dass es sich bei der russischen Forderung um illegitime, „anrüchige“ Schulden handele. Auch wenn die russische Aggression gegen den eigenen Schuldner unbestreitbar war, konnte die Ukraine die Richter*innen jedoch nicht davon überzeugen, den russischen Anspruch für nichtig zu erklären. Schließlich war der Kredit ja tatsächlich in die Ukraine geflossen und hatte dort einer zu der Zeit legitimen Regierung zur Verfügung gestanden. Auf Kiews Antrag hin ließ der High Court allerdings 2018 Revision zu und nun liegt der Fall beim britischen Supreme Court, von dem noch 2020 eine Entscheidung erwartet wird.

Bisherige Definition von „Odious Debts“ überdenken

Für die Debatte um die Lösung künftiger Schuldenkrisen ist der Ausgang dieses Konflikts gleich in mehrfacher Hinsicht bedeutend, weil es um grundsätzliche Fragen geht:

Kann ein Land Rückzahlungen von einem anderen erwarten und dieses Schuldnerland gleichzeitig militärisch angreifen? Wäre es nicht sinnvoll, die traditionelle Definition von „Anrüchigen Schulden“ (Odious Debts) zu erweitern, um dies auszuschließen und damit den Preis für eine militärische Aggression zu erhöhen? Was würde das für andere mächtige Gläubigerländer bedeuten, die gerne mal in ihren „Hinterhöfen“ offen oder verdeckt militärisch intervenieren (zum Beispiel die USA in Afghanistan, Irak und Lateinamerika oder Frankreich in Westafrika, Saudi-Arabien, Iran und im Jemen)?

Russland hat mit seinem militärischen Angriff auf die schwerindustriellen Zentren im Osten der Ukraine die Zahlungsfähigkeit seines Schuldners selbst mutwillig beschädigt. Kann es tatsächlich erwarten, dass das Schuldnerland neue internationale Kredite aufnimmt, um solche Altforderungen zu bedienen?

Ist ein Gericht in London, nur weil ursprünglich mal der Gerichtsstand für dort vereinbart war, der richtige Ort, um Entscheidungen solcher Tragweite zu treffen? Oder bräuchte es nicht eine im Völkerrecht verankerte Instanz, wo solche zwischenstaatlichen Fragen nicht nur unter formaljuristischen Aspekten, sondern auch im Hinblick auf ihre systemische Tragweite bedacht werden können?

Aus Sicht von erlassjahr.de ist die Stärkung der Position des Schuldners gegenüber der Zumutung, an einen Aggressor zu zahlen, naheliegend. Dabei darf aber nicht übersehen werden, dass sich seit der Orangenen Revolution verschiedene elitäre Gruppen in der Ukraine an der Macht abgelöst und zum Teil mit deutlich korrupten Methoden bereichert haben. Die Tatsache, dass auch eine Zahlungsverweigerung gegenüber dem russischen Anspruch nicht automatisch zu einer verbesserten Bekämpfung der im Lande herrschenden Armut führen würde, macht den Umgang mit diesem Konflikt nicht leichter.

Jürgen Kaiser, erlassjahr.de

Ausstellung „Stimmen der Schuldenkrise“
Neuer Fokus zu GUS und Osteuropa

Die Ausstellung „Stimmen der Schuldenkrise“ kombiniert Statements von Expert*innen aus kritisch verschuldeten Ländern mit prägnanten Länderfakten. Der Fokus „Mittel-/Osteuropa und Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ besteht aus 8 Roll-Ups, davon 3 Stimmen (Serbien, Slowenien und Georgien) und 5 thematischen Schwerpunkten. Die Ausstellung kann entgeltfrei im erlassjahr.de-Büro bestellt werden. Kosten fallen bloß für den Weiterversand an.
Infos zur Ausleihe:
www.erlassjahr.de/mitmachoption/ausstellung-stimmen/

Neuigkeiten aus dem Büro:
Bis bald, Mara, willkommen, Elise und Celia!

Ende Juni hat unsere Öffentlichkeitsreferentin **Mara Liebal** nicht nur unsere einzige Büropflanze, sondern auch ihre verschiedenen Arbeitsbereiche in neue Hände gegeben. Der Grund könnte schöner kaum sein: Im August hat Mara ihr erstes Kind geboren und genießt nun ein Jahr lang in Vollzeit ihre neue Aufgabe als Mutter; Mitte August 2021 erwarten wir sie zurück im erlassjahr.de-Büro.

Bis dahin wird sie vertreten durch **Elise Kopper**. Elise hat einen Master in Peace Studies, arbeitet seit vielen Jahren haupt- und ehrenamtlich in der Friedensbewegung und ist nun eingetaucht in die Welt der Schulden. Für alle Fragen rund um Presse, Publikationen, Newsletter, Website und Bildungsarbeit ist sie ab jetzt eure Ansprechpartnerin.

Und noch ein neues Gesicht dürfen wir begrüßen: Seit Juli 2020 ist **Celia Sudhoff** wissenschaftliche Mitarbeiterin bei uns und unterstützt das Büro bis Ende des Jahres bei Recherchen und Publikationen, vor allem für die Region Mittel- und Südamerika. Celia hat einen Bachelor in Sozialwissenschaften von der Universität Düsseldorf und war nach ihrem Abschluss für sechs Monate als Freiwillige bei einer Nichtregierungsorganisation in Ecuador.

Mit Topfpflanze und einem Lächeln, Öffentlichkeitsreferentin Mara Liebal (r.) übergibt ihre Arbeit an Elise Kopper. © erlassjahr.de

Celia Sudhoff an ihrem neuen Arbeitsplatz im erlassjahr.de-Büro. © erlassjahr.de

Praktikant*innen

Insbesondere für Studierende bieten wir auch Praktika in unserer Düsseldorfer Geschäftsstelle an. Falls ihr Interesse habt, sprecht uns gerne an!

Jetzt den **erlassjahr.de-Newsletter** abonnieren!

Mit dem elektronischen Newsletter von erlassjahr.de seid ihr immer auf dem Laufenden! Einmal pro Monat informieren wir über die aktuellen Entwicklungen in der internationalen Welt der Schulden, präsentieren neue Publikationen und kündigen aktuelle Termine und Aktionen an. Einfach per E-Mail an *buero@erlassjahr.de* oder per Klick auf *www.erlassjahr.de* für den Newsletter anmelden.

SAVE THE DATE:
Mitträgerversammlung 2021
19. bis 21. März | Jugendherberge Trier

Wir hoffen sehr, dass unsere nächste Mitträgerversammlung wieder wie geplant als Präsenzveranstaltung stattfinden kann und laden jetzt schon sehr herzlich nach Trier ein! Eine Einladung mit allen Details und dem Programm folgt später im Jahr. Wir freuen uns darauf, alte Bekannte wiederzusehen und neue Gesichter und Menschen kennenzulernen!

Schenkt uns doch ein „Like“!

Ihr seid in den Sozialen Medien unterwegs, privat, als Kirchengemeinde oder Eine-Welt-Gruppe? Dann schenkt uns doch ein „Like“! Wir haben Accounts bei Facebook und und Twitter, wo wir regelmäßig Politisches aus der Welt der Schulden und Neuigkeiten aus unserem Netzwerk posten. Wir freuen uns, auch dort mit euch in Kontakt zu kommen!

facebook.com/erlassjahr
twitter.com/erlassjahr

Die erlassjahr.de-Geschäftsstelle

JÜRGEN KAISER
Politischer Koordinator
0211 / 46 93 -217
j.kaiser@erlassjahr.de

KRISTINA REHBEIN
Politische Referentin
0211 / 46 93 -218
k.rehbein@erlassjahr.de

MARA LIEBAL
Öffentlichkeitsreferentin
(bis August 2021 in Elternzeit)
0211 / 46 93 -211
m.liebal@erlassjahr.de

ELISE KOPPER
Öffentlichkeitsreferentin
(Elternzeitvertretung)
0211 / 46 93 -211
e.kopper@erlassjahr.de

LISA JEBE
Projektverwaltung
0211 / 46 93 -219
l.jebe@erlassjahr.de

CELIA SUDHOFF
wissenschaftliche Mitarbeiterin
0211 / 46 93 -196
c.sudhoff@erlassjahr.de

Nächste Gremienwahlen im März 2021

Da unsere für März geplante Jahrestagung aus den bekannten Gründen ausfallen musste, waren in diesem Jahr keine Gremien-Neuwahlen möglich. Zu unserer Freude haben sich sämtliche Mitglieder im **Bündnisrat** und im **Lenkungskreis** bereiterklärt, ihr Amt übergangsweise ein weiteres Jahr auszuüben. Bei unserer nächsten Jahrestagung vom 19. bis 21. März in Trier stehen dann wieder Neuwahlen für beide Gremien an.

Der **Bündnisrat** besteht aus bis zu 18 Vertreter*innen von Mitträgerorganisationen und Einzelunterstützer*-innen. Er wählt aus seiner Mitte einen fünfköpfigen **Lenkungskreis**, der die Funktion eines geschäftsführenden Vorstands wahrnimmt. Dieser ist für die Umsetzung der Ziele und Aktivitäten sowie Personal- und Finanzangelegenheiten zuständig. Der Bündnisrat berät den Lenkungskreis und das Büro in allen zentralen inhaltlichen und strategischen Fragen.

Beide Gremien werden für ein Jahr gewählt und treffen sich in diesem Zeitraum jeweils dreimal – im Normalfall persönlich, coronabedingt zuletzt jedoch auch virtuell. Die Sitzungen des Bündnisrats sind öffentlich. Wer an einer Teilnahme interessiert ist, kann sich gerne bei uns im Büro melden.

Virtuelle Bündnisratssitzung am 8. Juni 2020 | © erlassjahr.de

Neue Mitträger Wir begrüßen vier neue Mitträgerorganisationen im Bündnis erlassjahr.de.

Evangelische Kirchengemeinde Faurndau: Die evangelische Kirchengemeinde im baden-württembergischen Faurndau ist im Juli 2020 zu uns gestoßen und damit unser neuester Mitträger. Vom Kinderchor über den Seniorennachmittag bis hin zum Kirchenkonzert bietet sie ein vielfältiges Gemeindeleben und ist sogar auf Twitter unterwegs.
Mehr Infos: *www.evangelisch-faurndau.de*

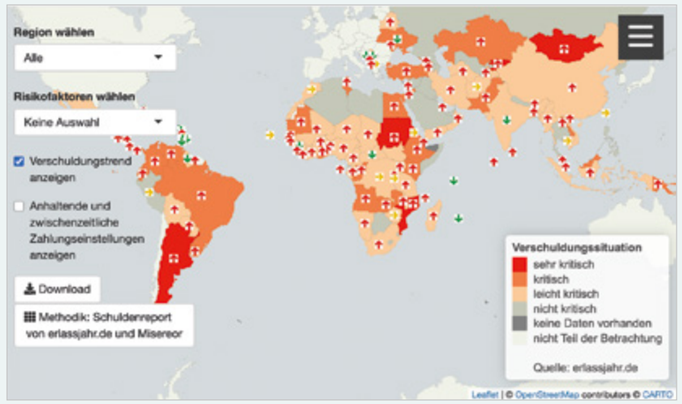
Weltgruppe Stade: 2019 hat die neu gegründete „Weltgruppe Stade“ in Niedersachsen den Betrieb des örtlichen Weltladens wieder aufgenommen. Die Ehrenamtlichen engagieren sich für eine offene, transparente, ökologische und nachhaltige Form des Wirtschaftens. Neben dem Verkauf im Weltladen betreiben sie Informations- und Bildungsarbeit.
Infos unter: *www.weltlaeden.de/stade*

urgewald e.V.: Als „Anwalt für Umwelt und Menschenrechte“ gibt urgewald den Betroffenen von Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen eine Stimme. Für sie macht der Verein Druck auf Investoren, Banken und die Politik und organisiert Protest- und Verbraucherkampagnen. Im vergangenen Jahr haben wir gemeinsam mit urgewald u.a. eine Fachtagung zu Chinas Rolle als Kreditgeber organisiert.
Mehr Infos: *www.urgewald.org*

Weltladen Güstrow e.V.: Der Weltladen ist das Fachgeschäft für Fairen Handel in Güstrow. Fast alle Produkte, die dort angeboten werden, stammen aus den Ländern des Globalen Südens und sind – natürlich – fair gehandelt. Außerdem bietet der Weltladen pädagogische Materialien für den Unterricht, Schulprojekte sowie Ladenführungen an.
Infos unter: *www.weltladen-guestrow.de*

Neue interaktive Karte zur Verschuldung weltweit

Im Juni durften wir sie stolz präsentieren: unsere interaktive Karte zur Verschuldungssituation weltweit! Damit könnt ihr euch die Welt geordnet nach Schuldenfaktoren, Einkommenskategorien, Regionen und Risikofaktoren anzeigen lassen, einzelne Staaten auswählen und mit einem Klick direkt zum Länderprofil gelangen.



Als Datenquelle dafür dient der Schuldenreport 2020, den wir Anfang des Jahres gemeinsam mit den Kolleg*innen von Misereor herausgegeben haben. Ein großer Dank geht an die Datenanalyst*innen von CorrelAid, die die gesamte Technik hinter der Karte entwickelt und uns über Monate mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben – hochprofessionell und ehrenamtlich! Und auch im internationalen Kontext ist die Karte nutzbar, eine englische Version ist derzeit in Arbeit.

Im Internet: *www.erlassjahr.de/informieren/karte-ueberschuldete-staaten-weltweit/*

Schuldenreport 2020

Die globale Schuldenkrise erfasst immer mehr Länder des Globalen Südens. Aktuell sind 124 von 154 untersuchten Entwicklungs- und Schwellenländern kritisch verschuldet. 19 Staaten mussten die Zahlungen an ihre ausländischen Gläubiger ganz oder teilweise einstellen.
Im Schuldenreport 2020 haben wir gemeinsam mit Misereor Daten und Fakten rund um die weltweite Verschuldung aufbereitet.
Bestellung: *www.erlassjahr.de/produkt-kategorie/schuldenreporte/*

Neue FES-Studie: **Schuldenkrise schon vor Corona bedrohlich**

„Die globale (Staats-)Schuldenkrise vor Corona“ lautet der Titel einer im April 2020 veröffentlichten Studie, die Jürgen Kaiser von erlassjahr.de im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung verfasst hat. Die Staatsverschuldung von Entwicklungs- und Schwellenländern war schon am Vorabend der Corona-bedingten Weltwirtschaftskrise so hoch wie seit den 1990er Jahren nicht mehr. Zuletzt wiesen auch Weltbank und IWF auf die Gefahr hin, die der globalen Finanzstabilität durch die Überschuldung droht. Die wirtschaftlichen Einbrüche infolge der Coronakrise können nahezu flächendeckende Staatsschuldenkrisen auslösen, die ihrerseits eine wirksame Pandemie-Bekämpfung unmöglich machen. In der Studie zeigt der Autor auf, welche politischen Prozesse in dieser Situation notwendig sind.
Kostenloser Download unter: *www.erlassjahr.de/produkt/die-globale-staats-schuldenkrise-vor-corona/*

Ja!

- ◯ **WIR WERDEN MITTRÄGER!**
- ◯ **ICH WERDE UNTERSTÜTZER*IN!**

.....
Organisation (falls zutreffend)

.....
Vorname, Name (falls Mitträgerschaft: Ansprechpartner*in)

.....
Anschrift

.....
Telefon

.....
E-Mail

Den Mitträgerbeitrag von jährlich

- ◯ 60 € für Eine-Welt-Gruppen
- ◯ 120 € für Kirchengemeinden, NROs und Netzwerke
- ◯ 300 € für Dekanate, Kirchenkreise und Verbände
- ◯ 600 € für Landeskirchen und Diözesen

bzw. den Unterstützerbeitrag von jährlich

- ◯ 24 €
- ◯ 60 €
- ◯ ..... €
- ◯ überweise ich jeweils zum: ..... auf das Konto von erlassjahr.de.
- ◯ ermächtige ich Sie hiermit von folgendem Konto abzubuchen:

.....
Konto-Inhaber*in

.....
IBAN

.....
BIC

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

erlassjahr.de
Entwicklung braucht Entschuldung

Carl-Mosterts-Platz 1 | 40477 Düsseldorf
Telefon: 0211 4693-196
E-Mail: buero@erlassjahr.de
Internet: www.erlassjahr.de